

ERKLÄRUNG der Versammlung am 12. 9. 09 in Köln

Massenentlassungen drohen

**Milliardenlasten der Bankenrettung sollen auf die Bevölkerung abgewälzt werden
Wir brauchen Sofortmaßnahmen einer Regierung für den Schutz der Arbeitsplätze
und Bevölkerung. Welche Regierung?**

**Es gibt keine dringlichere Aufgabe,
als die SPD von ihrem gescheiterten Führungstrio zu befreien!**

Wir, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen aus NRW, Berlin, Sachsen, Thüringen, Hessen und Baden-Württemberg, Mitglieder verschiedener DGB-Gewerkschaften und der SPD, haben uns am 12. 9. 09, zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 27. 9., auf Einladung von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen in Köln versammelt.

Drei Landtagswahlen und die Kommunalwahlen in NRW brachten erneut eine scharfe Zurückweisung der Politik der Großen Koalition.

Auf der Grundlage der dramatischen Verluste für die CDU und erneuten Verlusten für die SPD wagen es die Steinmeier, Müntefering und Steinbrück, die Voraussetzung und Chancen für eine Fortführung ihrer Politik in einer erneuten Großen Koalition zu feiern.

Das ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der WählerInnen, die ihren Willen zum politischen Wechsel zum Ausdruck gebracht haben; der 100 000en ArbeitnehmerwählerInnen, die ihre Absage an die Fortsetzung der Großen Koalition durch ihre Wahlverweigerung demonstriert haben.

Mit größter Sorge und Wut gegenüber der SPD-Führung blicken die ArbeitnehmerInnen, die Arbeitnehmerwählerbasis der SPD, auf die Bundestagswahl am 27. September.

Alle wissen, das Programm, was die Krise diktiert, wird das der Massenentlassungen sein; es wird das Programm des Sozialabbaus, der Zerstörung der Sozialversicherungssysteme und des Zusammenbruchs der öffentlichen Haushalte als Folge der milliardenhohen Staatsverschuldung für die Rettung der Spekulanten sein; das Programm der Zertrümmerung der noch erhaltenen Grundpfeiler des Sozialstaats.

Wer kann bezweifeln, dass eine Große Koalition, wie auch eine schwarz-gelbe Regierung, sich diesem Programm unterwerfen werden?

Niemand kann annehmen, dass von ihnen ein politischer Wechsel ausgehen wird – von denen, die schon in der ersten Hälfte dieses Jahres trotz Kurzarbeit 500.000 ArbeitnehmerInnen der Arbeitslosigkeit und viele von ihnen Hartz IV ausgeliefert haben; und die weiterhin Milliarden an die Banken geben und die ersten sozialen Kürzungen schon durchführen.

Wo ist die politische Lösung?

Welche Regierung wird zu einem radikalen politischen Kurswechsel bereit sein?

Wir, die arbeitende Bevölkerung und Jugend, brauchen eine Regierung, die Sofortmaßnahmen ergreift, wie sie mit dem „Moratorium in Sachen Entlassungen“ von der IG Metall gefordert wurde, was für die Kollegen nur heißen kann: ein wirkliches Moratorium, das Entlassungen verbietet;

eine Regierung, die für die wirkliche Rettung der 26.000 Arbeitsplätze bei Opel und der Produktionsstandorte eintritt, den Erhalt aller Arbeitsplätze staatlich garantiert und die Produktion und Vermögen unter staatlichen Schutz stellt; die mit staatlichen Investitionen die industrielle Produktion vor allem im Osten wieder aufbaut;

eine Regierung, die nicht zurückweicht vor der EU, die die

staatliche Garantie von Arbeitsplätzen und Produktionsstandorten verbietet und die Milliardenflutung zur Rettung der Bankenspekulation, sowie die entsprechenden Einschnitte in die Sozialhaushalte und die Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge gebietet;

eine Regierung, die die Milliarden, die den Banken, Spekulanten und Konzernen gegeben wurden, zurück führt, um die öffentlichen Haushalte, auch der Länder und Kommunen, aus dem „Würgeband der Staatsverschuldung“ (ver.di) zu befreien;

eine Regierung, die für den sofortigen Stopp des Kriegseinsatzes in Afghanistan und den Rückzug aller deutschen Truppen entscheidet.

Welche Regierung wird solche Maßnahmen ergreifen?

Kann eine Landesregierung von SPD/Linke (Grüne) ein Schritt für einen wirklichen politischen Kurswechsel sein? ArbeitnehmerInnen haben aus Protest gegen die SPD-Führung ihre Stimme der Linken gegeben. Führt das zu einer Lösung?

Die SPD und Die Linke haben im Saarland vor den Wahlen Wahlversprechungen für einige „soziale Korrekturen“ gemacht. Werden Heiko Maas und Ottmar Schreiner bereit sein, die Milliarden-Geschenke an die Banken einzufordern, um das Geld für soziale Korrekturen frei zu machen, für Schulen, Krankenhäuser...?

Der SPD/Linke-Senat in Berlin hat durch seine Taten seine Bereitschaft zur Umsetzung der Politik der Großen Koalition bewiesen:

„Sparen, bis es quietscht“ – die soziale Lage der Berliner Kinder ist dramatisch, jedes dritte Kind lebt von Hartz IV; die sozialen Jugendeinrichtungen, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten werden unter dem Spardiktat geschrumpft; die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden im Bruch mit dem gewerkschaftlichen Flächentarifvertrag drastisch gekürzt.



Auf der bundesweiten Versammlung am 12. 9.

Wir sehen nur eine Regierung, die solche politischen Maßnahmen ergreifen könnte und würde:

das kann nur die Regierung einer SPD sein, die öffentlich vor dem Volk mit der Politik der Steinmeier, Müntefering, Steinbrück und Schröder gebrochen und sich auf solche politische Maßnahmen verpflichtet hat. Kein Zweifel, eine solche SPD könnte die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung für die Eroberung der Regierungsmacht mobilisieren, und ihre Regierung würde sich auf die organisierte Kraft der Arbeiterschaft und ihrer DGB-Gewerkschaften stützen können.

„Das sind Illusionen“, mag man uns entgegenhalten. Darauf antworten wir: die soziale Existenz von Millionen Frauen und Männern, die Rettung der letzten Grundpfeiler des Sozialstaats hängen davon ab, dass eine Regierung an die Macht kommt, die sich auf ein solches Sofortprogramm verpflichtet.

Auf unsere Fähigkeit und Entschlossenheit kommt es an, – und wir vertrauen voll auf die Unterstützung durch die Mobilisierung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften gegen die Krisenabwälzungspolitik –, für die Erhebung der Arbeitnehmerbasis der SPD einzutreten, um die SPD aus der Unterwerfung unter die jetzige Führung und ihre Politik zu befreien und die Perspektive zu eröffnen für die Eroberung einer SPD-Regierungsmehrheit für das dringlich geforderte Schutzprogramm für die Bevölkerung.

Wir selbst wollen uns keine Illusionen machen. Der Kampf, den wir führen, ist nicht leicht. Vielen GenossInnen wird es schwer fallen, sich jetzt für eine politische Lösung für die Befreiung der SPD aus diesem ihr von dem Führungstrio aufgezwungenen Dilemma zu engagieren, was auch eine Lösung für die Verteidigung des Sozialstaats ist.

Aber es gibt keine Alternative.

Wir wollen uns vor den Wahlen organisieren als Vorbereitung auf die Phase danach.

Zu den Bundestagswahlen am 27. 9. sagen wir:

- **Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Keine Stimme für CDU und FDP!**
- **Unsere volle Unterstützung gehört den SPD-Kandidaten, die in diesen schwierigen Zeiten den Mut haben, die Ehre der Partei zu retten und klar und deutlich Position für den Bruch mit der Führungspolitik zu ergreifen, für ein Sofortprogramm zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitsplätze gegen die Krise.**

Die SPD muss von der Arbeitnehmerschaft als ihre politische Interessenvertretung wieder erkannt werden; sie muss wieder ihren Platz einnehmen, an der Seite der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend, um endlich die Verantwortung zu übernehmen, die die Situation unweigerlich von ihr verlangt.

(Unterschriften zur Unterstützung dieser Erklärung bitte an die Redaktion schicken!)

Heute vor 20 Jahren:

Können wir nicht Vertrauen schöpfen aus den Ereignissen jenes Herbstes 1989, als die immer neuen und wachsenden Demonstrationswellen der arbeitenden Bevölkerung und die Bewegung in den staatlichen Betrieben die Mauer und das Unterdrückungsregime der SED zu Fall brachten und den Weg zur deutschen Einheit frei machten?

Brauchen wir heute nicht die Mobilisierung der gesamten Kampfkraft der vereinten deutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften für die Verteidigung und den Wiederaufbau der industriellen Produktion und ihrer Millionen Arbeitsplätze, die im Osten schon brutal demontiert wurden und denen heute in ganz Deutschland der Garaus gemacht zu werden droht?

Kurz vor den Bundestagswahlen, von denen die Arbeitnehmer nur das Schlimmste zu erwarten haben, müssen wir laut und deutlich aussprechen: „Nicht die Arbeitnehmer und Wähler in diesem Lande sind verantwortlich für die sich ankündigende Katastrophe, sondern die SPD-Führung.“

Kann man das, was nach dem 27. 9. alle sagen werden, heute sagen? Man muss!

Die Konsequenz, die die Führungsspitze der SPD aus den letzten Wahlergebnissen zieht, muss auch dem Letzten klar machen, dass ein wirklicher politischer Kurswechsel nur möglich wird, wenn der Unterwerfung der SPD unter die Politik der Steinmeier, Müntefering und Steinbrück durch die Erhebung der Arbeitnehmerwählerbasis, der SPD-Mitglieder, ein Ende gesetzt wird.

Für diese Mobilisierung der Arbeitnehmerbasis der SPD wollen wir, GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen, uns engagieren und eine politische Kraft aufbauen.

Dass die Kraft dazu existiert und wir uns darauf stützen können, wurde gerade im Saarland demonstriert, wo die sozialdemokratischen Arbeitnehmerwähler in Scharen mit ihrer Stimmabgabe für Oskar Lafontaine gegen die SPD-Politik in der Großen Koalition „rebellierten“.

Dass die Kraft dafür existiert, zeigt sich für uns auch in der Bereitschaft der Opel-Kollegen für eine vereinte Demonstration aller Kollegen von Opel nach Berlin, um für entsprechende politische Maßnahmen zur Verteidigung aller Arbeitsplätze und der Produktion zu kämpfen.